

Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung

Die Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. Kreisverband Wittenberg erklärt:

Die Waffen nieder!

**Nein zum Krieg, nein zum Völkerrechtsbruch durch Russland,
Ja zu Deeskalation und Abrüstung**

Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die brutal von den Kampfhandlungen betroffen sind.

In den letzten Jahren hat die NATO mit ihrer Aufrüstung und ihren Erweiterungsplänen zur Eskalation beigetragen. Aber: die Anerkennung der »Volksrepubliken« und der Angriff russischer Truppen sind keine »Friedensmission«, sondern völkerrechtswidrig und Akte des Militarismus. Putin hat deutlich gemacht, dass er einen aggressiven Nationalismus vertritt. Dem stellen wir uns entgegen.

Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wieder hergestellt werden.

Die Menschen dürfen nicht mehr zum Spielball geopolitischer Interessen gemacht werden. Wir müssen aus der Eskalationsspirale ausbrechen. Dabei stellt sich immer die Frage: Wem nutzt letztendlich diese Eskalation?

Es braucht einen Politikwechsel – für gewaltfreie Konfliktlösung, sozialen Ausgleich und grenzübergreifende Kooperation.

Schluss mit der Aufrüstung, die Waffen nieder, Frieden jetzt sofort!

Wir fordern:

- die Waffen nieder! Diesen und alle weiteren Kriege in der Welt sofort beenden!
- sämtliche Waffenlieferungen einstellen, sie verlängern nur das Elend
- keine Änderung des Grundgesetzes für weitere Militärausgaben
- eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und ein Ende jeder Großmachtpolitik

- solidarische Aufnahme von Flüchtlingen und Kriegsdienstverweigerern, ihnen jegliche Hilfe und Unterstützung geben
- Ukrainer*innen sofort Geld für den Einkauf zur Verfügung stellen, da sie mit der ukrainischen Währung hier nicht einkaufen können
- keinerlei Sanktionen und Ausgrenzung von hier friedlich lebendem Menschen russischer Herkunft
- finanzielle Entlastung der Bürger*innen, Kommunen, Vereine und Unternehmen, die beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus, sie können nur ein Anfang sein, andere Länder in Europa sind da schon wesentlich weiter
- finanzielle Unterstützung für den über Jahre vernachlässigten Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutz

Mehrheitlich, bei einer Enthaltung, beschlossen

Lutherstadt Wittenberg, 26. März 2022